

Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			27. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 23.08.2018	Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr	Sitzungsende: 18:30 Uhr	Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation und begrüßt deren Mitglieder, Sachverständige und Gäste.

Herr Schröter (soz.erf.Dritter) bittet unter dem TOP „Verschiedenes“ um einen kurzen Bericht zu den aktuellen Urteilen zu den Kosten der Unterkunft in der Stadt Bremen.

**Folgende geänderte Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018
2. Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018
3. 4. Sachstandsbericht über die Umsetzung der Reform des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (UVG) vom 01.07.2017 im Land Bremen  
**(Vorlage Nr. 249/19)**
4. Akademie Kannenberg
  - a) Berichtsaufträge des Haushalts- und Finanzausschusses im Zusammenhang mit der Insolvenz der Akademie Kannenberg GmbH  
**(Vorlage Nr. 231/19)**
  - b) Fragen der CDU-Fraktion im Nachgang zur Behandlung des Revisionsberichtes 04/2018 in der Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14.06.2018 (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 25.06.2018)  
**(Vorlage Nr. 232/19)**
5. Änderung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen  
**(Vorlage Nr. 233/19)**
6. Zweiter Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen  
**(Vorlage Nr. 234/19)**
7. Zwischenbericht: Beschlüsse des OVG Bremen und ihre Auswirkungen auf die behördlichen Altersfeststellungsverfahren gem. §§ 42 f SGB VIII  
**(Vorlage Nr. 235/19)**
8. Frauenhäuser in Bremen
  - a) Berichtsbitte des Rechnungsprüfungsausschusses RH Stadt 2017, Tz. 76 bis 103, Frauenhäuser in Bremen  
**(Vorlage Nr. 238/19)**

- b) Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!  
(Antrag der Fraktion der CDU vom 09.05.17 – Drs. 19/493 S)  
**(Vorlage Nr. 239/19)**
9. Mittelübertragung an Produktplan 31 (Arbeit) für die Maßnahme „Sprinter“  
**(Vorlage Nr. 240/19)**
10. Insolvenz des Trägers Synthese GmbH & Co.KG  
Bericht der Verwaltung und Berichtsbitten der Fraktionen der FDP und der CDU vom 13.07.18  
**(Vorlage Nr. 241/19)**
11. Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch offenen Verwendungsnachweisen 2015  
**(Vorlage Nr. 242/19)**
12. Finanzierung der einmaligen Kosten für die Umgliederung des Bädervermögens aus dem Produktplan 41  
**(Vorlage Nr. 248/19)**
13. Verschiedenes
- a) Sachstand Gottlieb-Daimler-Straße  
**(Vorlage Nr. 243/19)**
- b) Sachstandsbericht Projekt Organisationsassistenz zur Vermeidung rechtlicher Betreuung (Berichtsbite der Fraktion der CDU vom 09.07.18)  
**(Vorlage Nr. 244/19)**
- c) Vorgehen des Jugendamtes bei Kinderehen  
(Berichtsbite der Fraktion der CDU vom 18.07.18)  
**(Vorlage Nr. 245/19)**
- d) Kosten der Unterkunft

#### **Nicht öffentlicher Teil**

14. Auftragsvergabe zur Entwicklung eines Systems für die Personalbemessung im Jugendamt  
**(Vorlage Nr. 246/19)**

#### **TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018**

##### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018.

#### **TOP 2: Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018**

##### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018.

**TOP 3: 4. Sachstandsbericht über die Umsetzung der Reform des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (UVG) vom 01.07.2017 im Land Bremen (Vorlage Nr. 249/19)**

Auf die Ausführungen zu TOP 3 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 23.08.2018 wird verwiesen.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes im Land Bremen zur Kenntnis.

**TOP 4: Akademie Kannenberg**

**a) Berichtsaufträge des Haushalts- und Finanzausschusses im Zusammenhang mit der Insolvenz der Akademie Kannenberg GmbH (Vorlage Nr. 231/19)**

Frau Senatorin Stahmann schlägt vor, den Auftrag aus dem Haushalts- und Finanzausschuss und die Fragen der Fraktion der CDU zusammen zu behandeln.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) kritisiert, dass die Fragen unzureichend beantwortet seien.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) merkt an, dass seine Fraktion zu dem Thema eine Kleine Anfrage in der Bremischen Bürgerschaft stellen wird.

Die Verwaltung merkt an, dass zum Ende des 1. Quartals 2019 erneut berichtet wird.

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Antworten auf die Berichtsaufträge des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Übermittlung der Antworten an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

**b) Fragen der CDU-Fraktion im Nachgang zur Behandlung des Revisionsberichtes 04/2018 in der Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14.06.2018 (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 25.06.2018) (Vorlage Nr. 232/19)**

**Beschluss**

Die Deputation nimmt die Beantwortung der Fragen der CDU-Fraktion durch Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport zur Kenntnis.

**TOP 5: Änderung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage Nr. 233/19)**

Auf die Ausführungen zu TOP 5 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 23.08.2018 wird verwiesen.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den geänderten Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen zu.

**TOP 6: Zweiter Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen (Vorlage Nr. 234/19)**

Frau Senatorin Stahmann weist auf die Erörterung im Jugendhilfeausschuss hin.

Sie führt aus, dass für Minderjährige und junge Erwachsene mit erheblichen sozialen Anpassungsproblemen und zur Haftvermeidung zwei spezialisierte Jugendhilfeeinrichtungen ihren Betrieb aufnehmen sollen. Senat und Jugendhilfeausschuss hätten sich bereits Ende Juli und Anfang August mit dem Thema befasst.

Die Einrichtungen würden in der Lorentstraße in Sebaldsbrück und am Sattelhof in Blumenthal entstehen.

Mit dem Schwerpunkt Haftvermeidung wolle die Innere Mission am Sattelhof künftig bis zu acht Minderjährige und junge Erwachsene betreuen, denen ein Strafverfahren bevorstehe. Am gleichen Standort hätte es zuletzt eine Einrichtung der Akademie Kannenberg mit einer vergleichbaren Zielgruppe gegeben. Die Akademie Kannenberg musste im Februar 2018 Insolvenz anmelden, die von ihr betriebenen Einrichtungen seien inzwischen abgewickelt oder von anderen Trägern übernommen.

Beim Standort an der Lorentstraße handele es sich ebenfalls um eine ehemalige Einrichtung der Akademie Kannenberg für unbegleitete minderjährige Ausländer mit bis zu acht Plätzen. Als sicherer Ort soll die Einrichtung Minderjährige und junge Erwachsene von 15 bis 21 Jahren aufnehmen, die sich in bestehende Jugendhilfeeinrichtungen nicht gut einfügen und beispielsweise mit Hausverboten belegt seien. Vornehmlich würde es darum gehen, die Grundversorgung der jungen Menschen sicherzustellen.

Beide Einrichtungen würden den Betrieb in den kommenden Wochen aufnehmen, die Klärung verbleibender baurechtlicher Fragen sei mit den beteiligten Behörden in die Wege geleitet worden.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Ahrens (Fraktion der CDU), Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke).

Auf Wunsch der Deputierten sagt die Verwaltung eine erneute Berichterstattung zu.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den 2. Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen zur Kenntnis.

**TOP 7: Zwischenbericht: Beschlüsse des OVG Bremen und ihre Auswirkungen auf die behördlichen Altersfeststellungsverfahren gem. §§ 42 f SGB VIII (Vorlage Nr. 235/19)**

Herr Möhle weist auf die ausführliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss hin.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) äußern sich positiv zu der Vorlage.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) will ihre im Jugendhilfeausschuss geäußerte Kritik nicht wiederholen und verweist auf diese.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

**TOP 8: Frauenhäuser in Bremen**

- a) **Berichtsbitte des Rechnungsprüfungsausschusses RH Stadt 2017, Tz. 76 bis 103, Frauenhäuser in Bremen (Vorlage Nr. 238/19)**

Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es eine sehr verständnisvolle Vorlage sei.

Die Deputation fasst einstimmig folgenden

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport den Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

- b) **Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen! (Antrag der Fraktion der CDU vom 09.05.17 – Drs. 19/493 S) (Vorlage Nr. 239/19)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Nachfragen. Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) merkt an, dass die Vorlage in der Sache abgestimmt werden muss.

Die Deputation fasst bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, der CDU und Herrn Tassis (AFD) folgenden ergänzten

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport den Bericht dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zur Kenntnis vorzulegen.
3. **Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration schlägt der Bremischen Bürgerschaft vor, den Antrag der Fraktion der CDU „Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!“ abzulehnen.**

**TOP 9: Mittelübertragung an Produktplan 31 (Arbeit) für die Maßnahme „Sprinter“ (Vorlage Nr. 240/19)**

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) stellt Verständnisfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Die Deputation fasst einstimmig folgenden

**Beschluss**

- 1) Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Verlagerungen von 100.000 € für die weitere Durchführung der Maßnahme "Sprlnter" in den Produktplan 31, Arbeit, zu.
- 2) Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die weiteren haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

**TOP 10: Insolvenz des Trägers Synthese GmbH & Co.KG**

**Bericht der Verwaltung und Berichtsbitten der Fraktionen der FDP und der  
CDU vom 13.07.18 (Vorlage Nr. 241/19)**

Herr Möhle (Fraktion der SPD) lobt die Verwaltung für eine sorgfältige Berichterstattung. Er weist darauf hin, dass bei der Debatte darauf geachtet werden muss, dass Themen, die in den nicht öffentlichen Teil gehören, auch dort behandelt werden.

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein. Sie berichtet, dass die Stadt Bremen Forderungen in Höhe von rund 138.000 Euro aus Abschlagzahlungen und weitere 265.000 Euro aus Einzelfallabrechnungen erhebt. Dem stehen Forderungen des Trägers in noch nicht bezifferter Höhe entgegen. Mit 69 Beschäftigten hat der Träger in Bremen Jugendliche ambulant betreut sowie sieben stationäre Einrichtungen mit zusammen 49 Plätzen betrieben – darunter fünf Jugendwohngemeinschaften, eine heilpädagogische und eine intensivpädagogische Wohngruppe, Drei dieser Einrichtungen sind inzwischen geschlossen. Weiter führt sie aus, dass die Insolvenz des Trägers bedauerlich sei, war aber nicht vorhersehbar. Der Bundesgesetzgeber hätte vor 20 Jahren entschieden, auch den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe marktförmig zu gestalten und zu ökonomisieren. In Folge dieser fachlich umstrittenen Entscheidung seien die „Prüf- und Steuerungsrechte der Behörde gegenüber dem Träger sehr begrenzt“, eine Kontrolle der wirtschaftlichen Führung des Betriebs sei rechtlich nicht vorgesehen. Eine drohende Insolvenz lässt sich daher nicht frühzeitig im Vorfeld erkennen.

Die Träger der Jugendhilfe seien im Gegenzug aber verpflichtet, eine Störung ihrer Betriebsabläufe unverzüglich zu melden, sofern sie das Wohl der ihm anvertrauten Kinder und Jugendliche gefährden könnte. Dazu gehöre auch die sofortige Meldepflicht im Insolvenzfall. Dieser Verpflichtung sei der Träger Synthese nicht rechtzeitig nachgekommen. Der Träger befinde sich derzeit im Insolvenzverfahren. Ob und in welcher Form einzelne Einrichtungen erhalten bleiben können, sei derzeit noch offen.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) und Frau Grönert (Fraktion der CDU) stellen Verständnisfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) lobt den sehr detaillierten Bericht. Eine rechtzeitige Information der sozialpolitischen Sprecher sei erfolgt.

Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht ein großes Lob für die sehr verständnisvolle Vorlage aus.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

**TOP 11: Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch offenen  
Verwendungsnachweisen 2015 (Vorlage Nr. 242/19)**

Auf die Ausführungen zu TOP 6 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 23.08.2018 wird verwiesen.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den vorgelegten Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. offenen Verwendungsnachweisen 2015 zur Kenntnis.

**TOP 12: Finanzierung der einmaligen Kosten für die Umgliederung des  
Bädervermögens aus dem Produktplan 41 (Vorlage Nr. 248/19)**

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) kritisiert, dass eine Lösung solange gebraucht habe, da das Problem deutlich früher bekannt gewesen sei.

Die Deputation fasst gegen die Fraktion der FDP folgenden

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt dem Finanzierungsvorschlag von 530 T€ aus dem Produktplan 41 zur Umgliederung des Bädervermögens zu.

**TOP 13: Verschiedenes**

**a) Sachstand Gottlieb-Daimler-Straße (Vorlage Nr. 243/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Verlage ein. Damit die Belegungszahlen aktuell sind, wurde eine Tischvorlage vorgelegt.

Fragen von Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) werden von der Verwaltung beantwortet. Frau Leonidakis wiederholt die Kritik ihrer Fraktion zum Umgang mit den dortigen Jugendlichen.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**b) Sachstandsbericht Projekt Organisationsassistentz zur Vermeidung rechtlicher Betreuung (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 09.07.18) (Vorlage Nr. 244/19)**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Beantwortung der Anfrage der CDU zum Projekt „Organisationsassistentz zur Vermeidung rechtlicher Betreuung“ zur Kenntnis.

**c) Vorgehen des Jugendamtes bei Kinderehen (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 18.07.18) (Vorlage Nr. 245/19)**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zum Vorgehen des Jugendamtes bei Kinderehen zur Kenntnis.

**d) Kosten der Unterkunft**

Die Verwaltung berichtet, dass die Entscheidungen geprüft werden. Diese beziehen sich auf das vorletzte Gutachten. Das derzeitige sei mit einer veränderten Methodik erstellt worden. Im Herbst werden die veränderten Richtwerte der Deputation vorgelegt werden.

Nicht öffentlicher Teil

**TOP 14: Auftragsvergabe zur Entwicklung eines Systems für die Personalbemessung  
im Jugendamt  
(Vorlage Nr. 246/19)**

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Planungen zur Entwicklung und Anwendung eines Systems zur Personalbemessung im Jugendamt zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um Berichterstattung nach Abschluss der Arbeiten.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Vergabe eines Auftrags zur Entwicklung und erstmaligen Anwendung eines Systems zur Personalbemessung im Jugendamt zu und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport darum, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

---

Sprecher

---

Protokollführerin

# Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

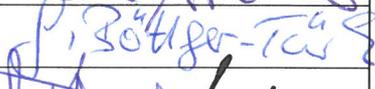
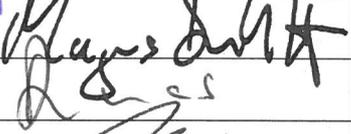
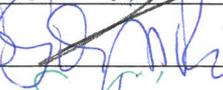
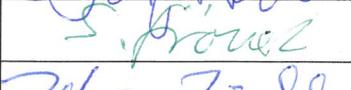
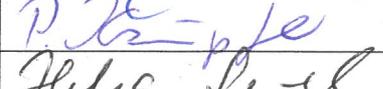
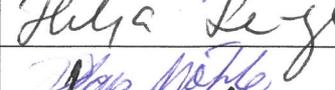
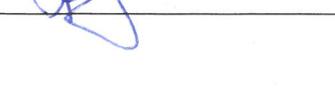
Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 23.08.2018	Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen
---	------------------------	--

## ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:20      Ende der staatlichen Sitzung: 16:20  
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:30      Ende der städtischen Sitzung: 19:30

### Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	- E -

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Böttcher-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Dr: Buhlert, Magnus (MdBB) FDP		X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) B'90/Die Grünen	X		
<b>-stellvertr. Sprecherin Land -</b>			
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krumpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Möhle, Klaus (MdBB) SPD	X	X	
<b>- Sprecher -</b>			
Dr. Redder, Volker FDP	X		
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
<i>i.V. Pirooznia, Nima (MdBB)</i>			<i>i.V. Pirooznia</i>
Yildiz, Kebire (MdBB) B'90/Die Grünen	X	X	
<b>-stellvertr. Sprecherin Stadt -</b>			

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration  
 Sitzung am: 23.08.2018  
 Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lücken	Sascha Wack
Reinold Neuß	Marianne Sten
Manuela Spahr	Monika Grom
petra Kody	Ulrich Oehl
Kaylar	
Anulka Bachel	
Göbel Reimann	
Elisabeth Bollmann	
Gerd Schäfer	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Jens e. Schröder	soz. erf. öff. Tätige
Inge Gröfthage	II
Karin Thielus	Seniorenrat
Berthold Ratz	Diak. Werk / DM
Wolfgang Witz	Paritätischer Arbeitsrat
Dr. Sternfeld	Landesförderstellenbeauftragte
Sofa Levidakis	<del>Linksfaktion</del>
Mark Jungckaus	Kischkre
Holger Beyer	Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

